

Sozialabbau brutal

Sozialversicherungen. 130 Jahre Aufbauarbeit mit einem Federstrich zerschlagen.

Deklariert als „notwendige Reform“ der Sozialversicherung wurde vor Weihnachten im Nationalrat die Sozialversicherungs-Organisationsreform durchgepeitscht. Mit dieser massiven Einschränkung der Mitbestimmung sowie der Enteignung des „Vermögens“ der Versicherten wurde ein weiterer Schritt in Richtung „Freiheitsberaubung“ der Arbeitenden gesetzt.

Diese Reform ist eine klare Machtverschiebung zu den DienstgeberInnen. Abgesehen von den zu erwartenden Millionenkosten der Fusionierungen wird durch eine massive Personalreduktion die Qualität der Leistungen und in manchen Bereichen die Versorgung selbst gefährdet. Fast die Hälfte der Beschäftigten der Sozialversicherung sind in deren Gesundheitseinrichtungen direkt bei den PatientInnen tätig. Die von der Regierung erzwungenen Einsparungen haben einen Abbau der regionalen Betreuung, längere Wartezeiten und Einschränkungen im Leistungsspektrum zur Folge.

Einen Vorgeschmack auf die Zukunft bietet die der solidarischen Sozialversicherung aufoktrozierte Erhöhung der Millionen-Zahlungen an private Krankenanstalten. Mit der Verschiebung der Betriebsprüfung von der Krankenkasse zum Finanzamt wird den Versicherten die Kontrolle über ihre Beiträge und in Folge über das Ausmaß der Leistung entzogen.

Am dramatischsten ist die Fesselung der Versicherten im Bereich der Selbstverwaltung. Diese ist eine Garantie für die Mit- und in manchen Teilen Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen! Mit dieser sog. Reform werden die Mehrheitsverhältnisse zu den Unternehmensverbänden verschoben.

Ausgestattet mit „diktatorischen“ Rechten werden Wirtschaft, Industrie und ihre Regierung die soziale Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfall und im Alter ein- und beschränken. Das beispielhafte und international anerkannte Modell der solidarischen Sozialversicherung in Österreich steht vor dem Ende.



Im Wesentlichen geht es bei der Politik der Regierung um den Gesamtumbau der Gesellschaft: Weg von stärkehenden solidarischen Strukturen eines gut ausgebauten Sozialstaates hin zur Almosen-, Abhängigkeits- und Auspressungspolitik durch die Kapital-, Grund und ProduktionsmittelbesitzerInnen.

Dieser Verschiebung gegen die Menschen stehen gut ausgebaute Einrichtungen der sozialen Sicherheit und hier allen voran die der solidarischen Sozialversicherung diametral entgegen. Daher ist es kein Wunder, dass zu-

erst einmal gleich die Beiträge zur Unfallversicherung und damit unsere Bruttobrotlöhne gekürzt wurden. Davon haben nur die Unternehmen etwas. Wir hingegen werden die Kosten in Form schlechterer Versorgung oder teurer Privatversicherungen begleichen.

Wirkliche Freiheit, wirtschaftliche und damit auch die persönliche, setzt eine gerechte und solidarische Gesellschaft voraus, in der die Arbeitenden selbst über ihr Leben bestimmen. Mit dieser Freiheit ausgestattet kann die Mehrheit in der Gesellschaft

die Verteilungsverhältnisse verändern. Genau das ist für die Besitzenden nicht akzeptabel.

Mit Hilfe der radikalen Rechten treten sie an, um die soziale Sicherheit, die „Freiheit der ArbeitnehmerInnen“ zu vernichten.

Das können und werden wir im Sinne einer solidarischen Gesellschaft und der Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen nicht hinnehmen. Diese Regierung steht für die Interessen von Wenigen – für uns Lohnarbeitende hat sie nichts zu bieten! Wehren wir uns! Es ist Zeit!

SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen gestartet

Die Sozialwirtschaft Österreichs versorgt mit über 110.000 Beschäftigten notleidende und kranke Menschen. Sie umfasst viele, in unserer Gesellschaft essentielle Berufe wie etwa Heimhilfen, SozialarbeiterInnen und Pflegekräfte.

Eigen ist allen in dieser Branche angesiedelten Berufen, dass sie meist direkt mit Menschen arbeiten und somit allen Widrigkeiten wie dem psychischen und physischen Leid ihrer KlientInnen, oft in einer intimen, vertrauensbedürftigen Sphäre, ausgesetzt sind.

In krassem Widerspruch zur Bedeutung dieser Branche für das Funkti-

onieren unserer Gesellschaft stehen jedoch die Gehälter, welche trotz stetig steigendem Arbeitsdruck im Vergleich zu anderen Branchen hinterhinken. Hinzu kommt, dass Personalmangel, Dienstplanunsicherheiten und geteilte Dienste, welche unvermeidbar die Vermischung von Berufs- und Privatleben zur Folge haben, allgegenwärtig sind. Diesen Missständen muss entschieden entgegen gewirkt werden, um eine hohe Qualität der Betreuung unserer KlientInnen weiterhin möglich zu machen.

Unsere KollegInnen vermögen nur bei entsprechender Entlohnung und

Ruhezeit die Herausforderungen dieser Branche zu meistern ohne soziale und gesundheitliche Verschlechterungen befürchten zu müssen.

Daher ist es nicht mehr als gerecht, bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen zusätzlich zur Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich und einer sechsten Urlaubswoche für alle eine angemessene Erhöhung der Kollektivvertrags- und Ist-Gehälter um 6 Prozent unter besonderer Berücksichtigung niedriger Einkommen durch einen Mindestbetrag von 150 Euro zu fordern.

Aktionstag zu den SWÖ-Kollektivvertragsverhandlungen

**Stermarsch zum Rathaus
29.01.2019, 14 Uhr 30**

Treffpunkte:

★ **Ostarrichipark / Otto Wagnerplatz: Schwerpunkt Behinderntenarbeit**

★ **Hauptuniversität: Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit**

★ **Platz der Menschenrechte (Museumsquartier): Schwerpunkt Pflege**

**Abschlusskundgebung
beim Rathaus / Friedrich-Schmidt-Platz**